

Die Ost-CDU 1956

Eine Blockpartei in der Phase der Entstalinisierung¹

Stephan Zeidler

Das Jahr 1956 nimmt in der Geschichte des Ostblocks innerhalb der ereignisreichen fünfziger Jahre - man denke nur an den Aufstand vom 17. Juni 1953 oder das Chruschtschow-Ultimatum von 1958 - besonderen Stellenwert ein. Zu nennen sind hier zum einen die Entstalinisierungsbemühungen in der UdSSR, zum anderen der fehlgeschlagene Volksaufstand in Ungarn. Sämtliche außenpolitische Ereignisse wie der XX. Parteitag der KPdSU, die Militäration der Briten und Franzosen in Ägypten sowie der Ungarn-Aufstand fanden ihren politischen Widerhall auch in der DDR. Nicht nur in der SED, sondern auch in den übrigen Blockparteien der DDR wurden diese Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und diskutiert. Die Ost-CDU nahm dabei im Grunde keine besondere Rolle ein, wenn auch die Mitglieder an der Parteibasis gewisse Sympathien für die Aufständischen in Ungarn nicht verhehlen konnten: Zu sehr fühlten sich viele an die eigenen Erlebnisse im Juni 1953 erinnert.² Im folgenden soll untersucht werden, wie die Partei sich während des Krisenjahrs 1956 verhielt und welche politischen Strömungen und Stimmungen vorherrschend waren.

¹ Die Beitrag stützt sich im wesentlichen auf Akten der Ost-CDU, die heute im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung bearbeitet werden. Daneben wurden noch Materialien der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) hinzugezogen. Den Mitarbeitern danke ich für die freundliche Unterstützung.

² Zur Politik der Ost-CDU vor und während des Juni-Aufstands vgl. Zeidler, Stephan: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-53, Hamburg 1996, S. 83-111.

Am 14. Februar 1956 eröffnet Chruschtschow mit seinem Rechenschaftsbericht den XX. Parteitag der KPdSU in Moskau. Noch ahnte niemand, daß der Parteitag mit einer, wenn auch vorläufig geheimen, Sensation enden würde. Während der Parteivorsitzende und andere KP-Funktionäre in den offiziellen Sitzungsreden nur vorsichtige Kritik an der Person Stalins und seinem Herrschaftsstil übten, fiel die Kritik, die Chruschtschow in seiner Geheimrede am 24. Februar hielt, geradezu vernichtend aus. In bisher ungekannter Offenheit rechnete er mit den stalinistischen Verbrechen ab und zerstörte damit den Mythos Stalin.³ Noch in der Nacht erfuhren Ulbricht, Grotewohl und andere hohe SED-Funktionäre der DDR-Delegation in Moskau von Chruschtschows Geheimrede, die alle Befürchtungen übertroffen hatte. Daß sich die bisherige SED-Politik streng an Stalin und die KPdSU angelehnt hatte, wußte Ulbricht offenbar nicht, wie nun auf die neue Situation zu reagieren war.⁴ Feststand indes für ihn nur, daß Stalin nun kein „Klassiker“ mehr sei.

Der deutschen Delegation gehörten jedoch nicht nur Vertreter der SED, sondern auch der anderen DDR-Parteien an. Unter ihnen war der CDU-Vorsitzende Otto Nuschke, der als Stellvertretender Ministerpräsident der DDR an dem Moskauer Parteitag teilnahm. Er feierte dort sogar seinen 73. Geburtstag und wurde von den sowjetischen Gastgebern entsprechend geehrt, was seine Partei als besondere Würdigung empfand. Über diese Höflichkeiten hinaus brachten die Sowjets zum Ausdruck, daß sie mit den von der CDU unterbreiteten Vorschlägen zur Einführung halbstaatlicher Betriebe in

³ Vgl. Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 165f.

⁴ Vgl. Heller, Michail/Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion, Zweiter Band: 1940-1980, Königstein/Ts. 1982, S. 216ff.

⁵ Vgl. Mitter/Wolle. a.a.O., S. 168f.

der DDR einverstanden waren.⁶ Indem die noch verbliebenen Privatbetriebe eine staatliche Kapitalbeteiligung aufnehmen sollten, um die Reste des Kapitalismus in der DDR langsam zurückzudrängen⁷, konnte eine wichtige Hürde auf dem Weg zur weiteren Umgestaltung der Wirtschaft genommen werden. Die Würdigung der CDU-Vorschläge durch die Sowjets gab der Partei, die sich in den Wochen vor und nach dem Parteitag vor allem mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt und versucht hatte, dadurch Kompetenz in diesem Bereich zu demonstrieren, den Ansporn, sich weiterhin intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und neue Aktionen zu planen.⁸

In den Tagen und Wochen nach dem Parteitag drangen nur langsam erste Informationen über Chruschtschows Rede in die DDR-Öffentlichkeit. Daher konnte sich unter den besonderen, reglementierten Kommunikationsbedingungen der DDR keine umfassende Diskussion über die stalinistischen Verbrechen und die Rolle der SED entwickeln. Chruschtschows Kritik an dem um Stalin inszenierten Personenkult hätte für die DDR-Führung weitreichende Bedeutung gehabt, denn auch Ulbricht und andere SED-Funktionäre inszenierten um ihre Personen einen solchen Kult, indem sie sich mit ähnlichen Lobeshymnen bedanken ließen.⁹ Die Führung der CDU verhielt sich nicht viel anders als die SED. Auch sie war

nicht an einer „Fehlerdiskussion“ über die Vergangenheit interessiert, hatte sie sich doch ebenso an der Stalin-Verehrung beteiligt und ihre Parteigrößen Nuschke und den Generalsekretär Gerald Götting kaum weniger gefeiert. In seiner Rede vor dem Präsidium seiner Partei referierte Nuschke daher nur kurz über die große Bedeutung des XX. Parteitags und hob den Mut der sowjetischen Führung hervor, die in der Vergangenheit begangenen Fehler anzusprechen und zu korrigieren.¹⁰ Die übrigen Mitglieder der Parteiführung enthielten sich ebenso jeglicher kritischer Äußerungen über Stalin und den Personenkult. An einer Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit hatte offenbar niemand Interesse. So beschränkten sich die politischen Informationen, die die Parteileitung ihren Bezirksvorsitzenden zukommen ließen, im wesentlichen auf außen- und wirtschaftspolitische Fragen, die der Parteitag behandelt hatte. Im Mittelpunkt stand dabei Chruschtschows Konzept der „friedlichen Koexistenz“, das unter den Mitgliedern zu verbreiten war. Die CDU-Bezirksvorstände beschränkten sich in den Diskussionen um den Parteitag darauf, die große Bedeutung der Moskauer Zusammenkunft hervorzuheben. Man sprach über die außenpolitischen Aspekte des Parteitags oder stellte die Bedeutung der CDU-Vorschläge zur Einführung der staatsbeteiligten Betriebe heraus. Die Ehrungen Otto Nuschkes anlässlich seines Geburtstags waren zudem ein angenehmeres Thema als der Personenkult um Stalin.¹¹ Die ideologische Auseinandersetzung sollte unbedingt vermieden werden, was jedoch nur teilweise gelang.¹² Im Bezirksvorstand Gera etwa ging die Empfehlung an die Mitglieder aus, die Kritik an der Person Stalins nicht überzubewerten, da ja

⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidium des Hauptvorstandes (PHV), 28.2.1956 (ACDP VII-010-592).

⁷ Vgl. Gudenschwager, Wolfgang: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidierung der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, S. 1959ff., in: Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2)

⁸ Vgl. die Protokolle des PHV (ACDP VII-010-592) und des Sekretariats des Hauptvorstandes (SHV) (ACDP VII-011-1297) aus diesen Wochen.

⁹ Vgl. Mitter/Wolle, a.a.O., S. 209f.

¹⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des PHV, 20.3.1956 (ACDP VII-010-592).

¹¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Magdeburg, 15.3.1956 (ACDP VII-011-1284).

¹² Vgl. CDU-Parteileitung: Zur Information für die Vorsitzenden der Bezirksverbände, 8.3.1956 (ACDP VII-011-589).

das Prinzip von „Kritik und Selbstkritik“ eingehalten worden sei.¹³ Die Bezirksvorstände bemühten sich klarzustellen, daß niemand daran interessiert sei, Stalins Verdienste in der Vergangenheit zu schmälern.¹⁴

Während man sich in den oberen und mittleren Führungsebenen darum bemühte, keine größeren Diskussionen um eine mögliche Entstalinisierung zu führen, nahmen die Mitglieder die Kritik an Stalin willkommen auf. Vielerorts fragte man sich, warum das Problem des Personenkults und der mangelnden kollektiven Leitung der KPdSU nicht schon früher erkannt und gelöst worden sei.¹⁵ Zwar „begrüßten“ die Mitglieder überall die Vorschläge zur Erhaltung des Friedens, lebhafter waren jedoch die Diskussionen über die Abrechnung mit dem Personenkult.¹⁶ Bei vielen CDU-Anhängern jedoch stellten die Funktionäre eine große Verwunderung über die plötzliche Kritik an Stalin fest. Die ideologischen Anstrengungen, die nun notwendig waren, um den Kurswechsel zu erklären, wurden von vielen nicht verstanden. Manches Mitglied zog daraus folgende Schlüsse, die der Parteiführung alles andere als angenehm gewesen sein mußten:

„Wenn man jetzt Stalin und die vergangene Epoche so stark kritisiert und ihn, wie in der Rede W. Ulbricht[s] zum Ausdruck gebracht, als Klassiker des Marxismus entthront, ist damit bewiesen, daß die marxistische Ideologie laufend Fehlern und Irrtümern unterliegt, daß diese ganze Lehre damit für uns deshalb völlig undiskutabel [sic] sein muß.“¹⁷

¹³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Gera, 15.3.1956 (ACDP VII-011-1681).

¹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Schwerin, 29.2.1956 (ACDP VII-011-1256).

¹⁵ Informationsbericht des Kreisverbandes (KV) Eberswalde, 12.3.1956 (ACDP VII-011-1096).

¹⁶ Informationsbericht des BV Karl-Marx-Stadt, 29.2.1956 (ACDP VII-013-590).

¹⁷ Informationsbericht des BV Dresden, 14.3.1956 (ACDP VII-013-590).

Andere Anhänger, die sich von der gottgleichen Verehrung Stalins abgestoßen fühlten, hatten nun die Hoffnung, daß der dogmatische Marxismus zurückgedrängt und eine christliche Lebensführung leichter möglich sein würde¹⁸. Da die Parteiführung jede weitere interne Diskussion über den Personenkult vermeiden wollte, wurde dieses Thema schnell durch die Debatten über die Ergebnisse der III. Parteikonferenz der SED überdeckt. Wie in der CDU fand auch in der SED keine ernsthafte Abrechnung mit der Vergangenheit statt, so daß jede „Fehlerdiskussion“ unterblieb. Die Teilnehmer der Parteikonferenz behandelten überwiegend Fragen der Wirtschaftspolitik, und Ministerpräsident Grotewohl machte einige vage Äußerungen zur weiteren Entfaltung der Demokratie und der sozialistischen Gesetzlichkeit in der DDR.¹⁹ Es verwundert nicht, daß sich die CDU-Parteiführung auf das neue Programm der SED stürzte, erweckte es doch den Eindruck, als ob die Einheitssozialisten dazu gelernt hätten und nun die übrigen Blockparteien wieder stärker in die Staatsführung mit einbeziehen wollten. Götting rief daher im April auf einer Sitzung des Hauptvorstandes seiner Partei alle Mitglieder auf, sich noch stärker für die CDU und besonders für die Nationale Front zu engagieren, um so die Demokratie zu stärken.²⁰

Im Sommer 1956 wurden die SED-Vorschläge über die weitere Demokratisierung in den Beratungen der Volkskammer diskutiert. Allerdings hatten die Initiativen der CDU, die sich mehr Mitspracherechte erhoffte, schon im Vorfeld für Ärger in der SED gesorgt.²¹ Vor allem Nuschke hatte

¹⁸ Vgl. Informationsbericht des BV Magdeburg, 13.3.1956 (ACDP VII-013-590).

¹⁹ Vgl. Mitter/Wolle, a.a.O., S. 198ff.

²⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes, 10./11.4.1956 (ACDP VII-010-1928); Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung Suhl, 13.4.1956 (ACDP VII-011-1277).

²¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des StIV, 18.6.1956 (ACDP VII-011-1297). Hier auch der Beschluß über die „Einleitung von Maßnahmen zur Unterstützung der Diskussionen“

durch einen kritischen Zeitungsartikel bei der SED Verstimmungen ausgelöst.²² Unterstützung erhielt er von einigen Mitgliedern des CDU-Präsidiums, die sich dafür aussprachen, es müsse nun in Folge des XX. Parteitages auch in der DDR möglich sein, seine Meinung freier zu äußern.²³ Man wollte sich nicht mehr so sehr von der SED bevormunden lassen.

Die Versuche der Parteiführung, wieder mehr Selbständigkeit zu erringen, wurden von den Mitgliedern entsprechend freudig aufgenommen.²⁴ Die Bezirksverbände bemühten sich, ihre Parteibasis zu mehr Mitarbeit zu bewegen und sie für eine aktive Rolle in den Gemeinden und bei der Nationalen Front zu bewegen.²⁵ Häufig mußten die Mitglieder und CDU-Funktionäre jedoch feststellen, daß ihr Engagement von seiten der SED mißtrauisch beobachtet wurde und „sektiererische Tendenzen“ bei den Einheitssozialisten vorhanden waren.²⁶ Dies ließ die erhoffte vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Parteien kaum möglich werden. Somit blieben die Bemühungen um eine Erweiterung der politischen Mitspracherechte in der Staatsführung sowie auf lokaler und regionaler Ebene weitgehend wirkungslos.

Nicht besser erging es indes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) bei dem Versuch, sich als eigenständige Kraft neben der SED zu etablieren. Ihre deutschlandpolitischen Initiativen

über die breite Entwicklung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik.“

²² Nuschke, Otto: Wende, in: Neue Zeit, 3.6.1956.

²³ Vgl. Protokoll der Sitzung des PHV, 5.6.1956 (ACDP VII-010-592); Abteilung Leitende Organe, Sektor Befreundete Organisationen an Gen. Ulbricht und Grotewohl, 14.6.1956 (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/2).

²⁴ Informationsbericht des BV Rostock, 19.6.1956 (ACDP VII-011-1089).

²⁵ Vgl. Rundschreiben des BV Potsdam an die Ortsgruppenvorsitzenden, 30.7.1956 (ACDP VII-011-1480).

²⁶ Vgl. Protokoll der Erweiterten Bezirksvorstandssitzung Schwerin, 9.8.1956 (ACDP VII-011-1256).

wurden von den Sozialisten mißtrauisch beobachtet - Grotewohl drohte sogar, die LDPD zu vernichten, falls sie ihre gesamtdeutschen Bemühungen nicht einstelle.²⁷ und blieben letztlich erfolglos.²⁸

Während die Versuche der Union, wieder mehr Einfluß zu erringen, nur wenige Spuren in den Parteiakten hinterließen, nahm die CDU von den Ereignissen im Herbst 1956 sehr viel stärker Notiz. In zahlreichen Protokollen und Informationsberichten finden sich Hinweise auf heftige und umfangreiche Diskussionen über die Vorgänge in Polen und Ungarn. In der heißen Phase des Aufstands berichteten die Bezirksverbände fast täglich von den Stimmungen ihrer Mitglieder. In der Berliner Zentrale herrschte offensichtlich Angst davor, der Funke des Widerstands könne von Polen und Ungarn erneut auf die DDR überspringen. Noch zu frisch waren die Erinnerungen an den 17. Juni 1953, auch wenn sich damals nur wenige CDU-Mitglieder an den Aktionen der Aufständischen beteiligt hatten.²⁹ Die Angst war umso gerechtfertigter, als die Stimmung unter der DDR-Bevölkerung sehr angespannt war, und es mancherorts zu kleineren Arbeitsniederlegungen kam, die sich vor allem gegen die schlechte Lebenssituation richteten.³⁰ In der benachbarten Volksrepublik Polen kam es Ende Juni 1956 zu ersten Streiks und Demonstrationen gegen die kommunistische Herrschaft. Diese Ereignisse wurden in der DDR mißtrauisch registriert. Sorgsam beobachtete die Staatssicherheit Sympathien und Bei-

²⁷ Vgl. Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996, S. 244.

²⁸ Vgl. Suckut, Siegfried: In Erwartung besserer Zeiten. DDR-CDU und LDPD zwischen Halbstaaats-Raison und gesamtdeutschen Hoffnungen (1949-1961), S. 431, in: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993.

²⁹ Vgl. Zeidler, a.a.O., S. 97f.

³⁰ Vgl. Mitter/Wolle, a.a.O., S. 219ff.

fallsbekundungen für die Aufständischen und ihre Forderungen.³¹

In der CDU nahm man von den Ereignissen in Polen anfangs nur wenig Notiz. In den Protokollen der Leitungsgremien finden sich kaum Hinweise auf Diskussionen über die Proteste der polnischen Arbeiter. Andere Themen wie das KPD-Verbot in der Bundesrepublik³² oder die Vorbereitung und Auswertung des CDU-Parteitags in Weimar³³ beherrschten statt dessen die Sitzungen der Parteivorstände. Von der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung war noch nichts zu spüren. Erst in der zweiten Oktoberhälfte begann man langsam, sich Gedanken über die Ereignisse in Ungarn zu machen und Berichte über die Meinungen der Mitglieder einzuholen.

Noch waren CDU-Generalsekretär Götting und sein Stellvertreter Max Sefrin sehr darum bemüht, am 25. Oktober in einer Präsidiumssitzung festzustellen, daß die Situation in Polen und Ungarn nicht mit der in der DDR zu vergleichen sei. Sie behaupteten, die DDR habe eine bessere ökonomische Entwicklung genommen, so daß Proteste nicht gerechtfertigt seien. Besonders hoben die beiden Funktionäre hervor, daß die christliche Bevölkerung in der DDR keine konterrevolutionären Bestrebungen habe, wie dies von der SED gerne unterstellt wurde. Im Gegenteil sei die christliche Bevölkerung bestrebt, die Aktionen gegen die „Volksmacht“ zu verhindern.³⁴ Die DDR-Führung hätte demnach im Falle größerer Unruhen nicht mit einer Beteiligung der CDU-Anhänger zu rechnen. Trotz dieser

scheinbar beruhigenden Feststellung der Parteiführung meldete der Kreisverband Eberswalde bereits am selben Tag, daß die Mitglieder fragten, wann endlich eine breitere Demokratie in der DDR entwickelt und die Diktatur der SED zurückgeschraubt werde. Die Sowjetunion und Polen hätten dazu gute Beispiele gegeben.³⁵ Diesen unliebsamen Fragen konnte auch die einseitige Berichterstattung der DDR-Medien über die Vorgänge in Polen und insbesondere über die Kämpfe in Ungarn nicht entgegenreten. Wiederholt beschwerten sich Parteimitglieder über die Darstellung in den Zeitungen und demonstrierten damit, daß sie sich durch westliche Radiosender über die Situation in Ungarn informiert hatten.³⁶

In den Stimmungsberichten der CDU-Verbände ist indes eine Entwicklung zu erkennen. In den ersten Tagen des Aufstands und der Neubildung der Regierung unter Imre Nagy meldeten die Berichtersteller der Partei noch eine relative Gelassenheit der Bevölkerung. Trotz dieser scheinbaren Ruhe entsandte die CDU-Führung verstärkt Referenten und Aufklärer in die Kreise, um die Bevölkerung über die Situation in Ungarn zu informieren und die Menschen zu Stellungnahmen zu bewegen.³⁷ Allerdings mußten die Funktionäre jedoch häufig melden, daß die Menschen nur sehr vorsichtig diskutierten.³⁸ In einem Informationsbericht des Bezirksverbandes Dresden heißt es dazu:

„Trotzdem wird aus allen Kreisverbänden berichtet, daß weite Teile der Bevölkerung zögernd zu den obengenannten Ereignissen Stellung nehmen, oder aber dazu überhaupt

³¹ Vgl. Wolle, Stefan: Polen und die DDR im Jahre 1956, S. 46ff., in: Hahn, Hans Heinrich/Olschowsky, Heinrich (Hrsg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996.

³² Vgl. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung Karl-Marx-Stadt, 20.8.1956 (ACDP VII-011-621).

³³ Vgl. Protokoll der Erweiterten Bezirkssekretariatssitzung Suhl, 20.9.1956 (ACDP VII-011-1277); Protokoll der Bezirksvorstandssitzung Dresden, 1.10.1956 (ACDP VII-011-1854).

³⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des PHV, 25.10.1956 (ACDP VII-010-592).

³⁵ Vgl. Informationsbericht KV Eberswalde, 25.10.1956 (ACDP VII-011-1096).

³⁶ Vgl. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung Neubrandenburg, 1.11.1956 (ACDP VII-011-619); Informationsbericht des KV Eberswalde, 27.10.1956 (ACDP VII-011-1096); Informationsbericht des KV Strausberg, 12.11.1956 (ebd.).

³⁷ Vgl. Informationsbericht des BV Dresden, 26.10.1956 (ACDP III-040-091/1).

³⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Eberswalde, 30.10.1956 (ACDP VII-011-1096).

nicht zum Sprechen zu bewegen sind. Festzustellen bleibt, daß in viel stärkerem Maße, als es sonst spürbar ist, die Sendungen westlicher Radiostationen als Informationsquellen herangezogen werden.³⁹

Mit Entsetzen registrierten die höheren Funktionäre, daß ihre Mitglieder den Aufstand nicht als „faschistischen Putsch“ auffaßten, wie er in der DDR-Presse dargestellt wurde, sondern ihn als echten „Volksaufstand“ empfanden. Dies bedeutete nichts anderes, als daß das Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn von vielen Menschen als eine „glatte Mißachtung der Grundsätze des von den Sowjets selbst immer propagierten Selbstbestimmungsrechts der Völker“⁴⁰ verstanden wurde. Ebenso brachte die Veröffentlichung von Photos, die die Ausschreitungen der Konterrevolutionäre in Ungarn dokumentieren sollten, nur einen kurzzeitigen Stimmungsumschwung.⁴¹ Auch Tage nach deren Publizierung mußten die Kreise und Bezirke melden, daß bei ihren Mitgliedern noch immer „Unklarheiten“ über das Eingreifen der sowjetischen Truppen bestanden und sie Hetzparolen und provokatorische Äußerungen verbreiteten.⁴² Die vielfach bereits vorher vorhandene Abneigung gegenüber der Sowjetunion wurde noch durch das Eingreifen in Ungarn verstärkt.⁴³ Viele Bürger lehnten es ab, weiterhin in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) mitzuarbeiten.⁴⁴ An mehreren Hoch-

schulen der DDR protestierten Studenten, unter ihnen auch CDU-Mitglieder, gegen den obligatorischen Russischunterricht und forderten dessen Abschaffung.⁴⁵ Das SED-Politbüro sah sich angesichts der massiven Proteste an den Hochschulen dazu genötigt, Maßnahmen zur Veränderung der Lage an den Universitäten zu beschließen, um die Ruhe wiederherzustellen. Dennoch beharrte sie auf dem Beschluß, Russisch als Pflichtfach beizubehalten, da die Sprache „für das Erreichen des Weltniveaus unbedingt notwendig“⁴⁶ sei und zur Verständigung im sozialistischen Lager diene. Damit wurde jede weitere Diskussion über diese Frage abgebrochen.

Einen kleinen propagandistischen Erfolg konnten DDR-Führung und CDU-Parteileitung im Falle des etwa zeitgleichen Konflikts um den Suez-Kanal in Ägypten erringen. Während man in der Ungarn-Frage eine krasse Ablehnung der Sowjetunion und ihrer Militäraktion seitens der Bevölkerung hinnehmen mußte, konnte das Eingreifen britischer, französischer und israelischer Truppen im Nahen Osten als ein neuer Beweis für die Aggressivität des Imperialismus der Westmächte herangezogen werden. Nuschke legte Mitte November vor dem Präsidium seiner Partei dar, daß ein großer Unterschied „zwischen der Aggression in Ägypten und dem Putsch in Ungarn“⁴⁷ bestehe. In ersten Berichten kam die CDU-Führung zu der Überzeugung, daß die christliche Bevölkerung „in bemerkenswerter Einmütigkeit diese Aggression auf das schärfste“⁴⁸ verurteile. Aber auch

³⁹ Informationsbericht des BV Dresden, 30.10.1956 (ACDP VII-040-091/1).

⁴⁰ Informationsbericht des KV Strausberg, 6.11.1956 (ACDP VII-011-1096); Informationsbericht des KV Plauen, 16.11.1956 (ACDP VII-011-1081).

⁴¹ Vgl. Informationsbericht des KV Strausberg, 9.11.1956 (ACDP VII-011-1096).

⁴² Vgl. Informationsberichte des BV Dresden, 12. u. 14.11.1956 (ACDP III-040-091/1).

⁴³ Vgl. Schreiben des BV Frankfurt/Oder an Max Sefrin, 29.11.1956 (ACDP VII-011-3026); Protokoll der Arbeitstagung der Kreissekretäre des BV Neubrandenburg, 29.11.1956 (ACDP VII-011-619).

⁴⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Strausberg, 22.11.1956 (ACDP VII-011-1096).

⁴⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Erweiterten Sekretariats des Hauptvorstandes, 31.10.1956 (ACDP VII-011-1297); Informationsbericht des KV Jena-Land vom November 1956 (ACDP II-206-082/1).

⁴⁶ Arbeitsprotokoll Nr. 60 der Politbüro-Sitzung v. 20.11.1956 (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/534). Vgl. Mitter/Wolle, a.a.O., S. 260-271.

⁴⁷ Protokoll der Sitzung des PHV, 13.1.1956 (ACDP VII-010-592).

⁴⁸ Analyse zur gegenwärtigen Diskussion unter den Mitgliedern der CDU und der christlichen Bevölkerung (ACDP VII-011-623).

diese für die CDU ideologisch günstige Einschätzung der Lage im Nahen Osten hatte nicht lange Bestand. Wiederum war es das Eingreifen der Sowjetunion, das vielfach eine scharfe Ablehnung der sowjetischen Politik hervorrief.⁴⁹ Manches Mitglied behauptete sogar, die Übernahme des Suez-Kanals durch Ägypten sei von der UdSSR forciert worden, um die Westmächte in dieser Region zu schwächen.⁵⁰ Viele CDU-Anhänger sahen die Welt am Rande eines Dritten Weltkriegs, da die Sowjetunion auf Provokation aus sei. Diesem negativen Bild der Sowjetunion konnte auch durch massive Aufklärungs- und Propagandaarbeit nur unzureichend entgegengetreten werden. Anfang Dezember bestand bei der „Mitgliedschaft und der christlichen Bevölkerung noch immer keine Klarheit über die rechtliche und moralische Verpflichtung der Sowjetunion zum Eingreifen in Ungarn“.⁵¹ Aus zahlreichen Ortsgruppen meldeten die Kreisverbände weiterhin anti-sowjetische Einstellungen ihrer Mitglieder, gegen die die Funktionäre auch mit geschulten propagandistischen Argumenten nicht ankamen.

Erst gegen Ende des Jahres 1956 setzte eine allmähliche Beruhigung unter der CDU-Mitgliedschaft ein. Die Partei kehrte zu den allgemeinen politischen Fragestellungen zurück. In den Führungsgremien bemühte man sich wiederholt darum, herauszustellen, daß eine Entwicklung wie in Polen oder Ungarn in der DDR nicht möglich sei, weil es keinen Personenkult wie in der anderen Ländern des Ostblocks gegeben habe.⁵² Dagegen sei die DDR durch immer

neue Friedensinitiativen hervorgetreten, um so den westlichen Imperialismus einzudämmen. Vor allem bemühe sich die CDU darum, die Christen in der DDR für den friedlichen Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.⁵³ Daher sollten noch mehr Christen in die CDU integriert werden, um die Union als Partei schlagkräftiger werden zu lassen und die Wirtschaftskraft zu heben.⁵⁴ Gerade die letztere Forderung war umso notwendiger, als sich die Diskussion in der CDU von den außenpolitischen Problemen wieder den wirtschaftlichen Fragen zuwandte. Dabei standen vor allem die häufigen Versorgungsschwierigkeiten in der DDR im Vordergrund.⁵⁵ Nur schleppend lief die Wiederaufnahme der Parteiarbeit mit Mitgliederversammlungen, regelmäßigem Beitragseinzug und Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Massenorganisationen an.⁵⁶ Gerade letzteres wurde besonders heftig von der SED kritisiert. Im November resümierte sie in einem internen Papier, daß in den anderen Blockparteien zwar an den zentralen Leitungsstellen „positiv“ gearbeitet werde, in den Kreisverbänden könnten sich die „fortschrittlichen Kräfte“ jedoch nicht durchsetzen, so daß dort feindliche Propaganda betrieben würde.⁵⁷ Zur Parteiarbeit der CDU stellte die SED fest, sie sei vor allem von großer Passivität geprägt, die Kreisverbände leisteten „vielfach überhaupt keine politische Arbeit“⁵⁸, die Funktionäre selbst seien „schwankend“ und unzuverlässig, während

⁴⁹ Vgl. 2. Zusammenfassung der Diskussionen in der Mitgliedschaft und der christlichen Bevölkerung, 24.11.1956 (ACDP VII-011-623).

⁵⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Strausberg, 17.11.1956 (ACDP VII-011-1096).

⁵¹ 4. Zusammenfassung der Diskussionen in der Mitgliedschaft und der parteilosen kirchlich gebundenen Bevölkerung, 5.12.1956 (ACDP VII-011-623).

⁵² Vgl. Protokoll der Arbeitstagung der Kreissekretäre des BV Neubrandenburg, 29.11.1956 (ACDP VII-011-1619); Protokoll der Sitzung des SHV, 3.12.1956 (ACDP VII-011-1297).

⁵³ Vgl. Protokoll der Sitzung des PIV, 11.12.1956 (ACDP VII-010-592).

⁵⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes, 17./18.12.1956 (ACDP VII-010-1929).

⁵⁵ Vgl. 4. Zusammenfassung der Diskussionen in der Mitgliedschaft und der parteilosen kirchlich gebundenen Bevölkerung, 5.12.1956 (ACDP VII-011-623).

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen. Betr.: Zusammenarbeit unserer Partei mit den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, 20.11.1956 (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/2).

⁵⁸ Betr.: Lage in der CDU, 12.11.1956 (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/2).

die Mitglieder größere Unklarheiten zu Polen und Ungarn hätten. Insgesamt fiel die Kritik über die CDU-Kreisverbände vernichtend aus, zumal sich auch kaum Hoffnung auf Besserung bot. Mitte Januar 1957 berichtete etwa der Vorsitzende des Bezirksverbandes Gera, daß die CDU-Mitgliedschaft die Lage in Ungarn und dem Nahen Osten noch immer nicht „richtig“ einschätze und die Bedeutung der Sowjetunion für die DDR falsch bewertet werde.⁵⁹ Dies kann nicht gerade als ein besonders ermutigendes Ergebnis der Bemühungen zur Aufklärung der Bevölkerung über die „wahren Hintergründe“ des imperialistischen Putsches in Ungarn gewertet werden.

Fazit

Festzuhalten ist, daß 1956 für die Ost-CDU kein besonders erfolgreiches Jahr war. Hatten die Bemühungen um die stärkere Einbeziehung des Mittelstandes durch die Einführung halbstaatlicher Betriebe der Partei noch ein gewisses Prestige eingebracht, so blieben die Versuche, mehr Einfluß auf die Staatsführung und Unabhängigkeit von SED zu erlangen, ohne greifbaren Erfolg. Trotz der momentanen Schwäche der SED, ausgelöst durch den XX. Parteitag der KPdSU, konnten sich die anderen Blockparteien nicht als gleichberechtigte Partner etablieren.

Viel unangenehmer für die Union war jedoch, daß die Mitglieder im Gegensatz zu ihrer Parteiführung, aus ihrem Sympathien für die Aufständischen und Demonstranten in Ungarn und Polen nur wenig Hehl machten. Geradezu verheerend war der Eindruck, den die antisowjetischen Einstellungen der CDU-Basis bei der SED hinterließen, schienen sie doch zu bestätigen, daß in der Partei noch immer alte aus der NS-Zeit herrührende antibolschewistische Meinungen vorhanden waren. Von der in der Öffentlichkeit so stark betonten Freundschaft zur Sowjetunion war bei vielen Mitgliedern nichts zu spüren. Gerade in

dieser Frage galt es, noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten und den Widerstand gegen die SED-Herrschaft zu brechen. Daß dies zum Ende der fünfziger Jahren hin wenigstens teilweise gelang, zeigte sich 1961, als in der CDU anlässlich des Mauerbaus nur wenig Protest gegen die Absperrungsmaßnahmen artikuliert wurde.⁶⁰ Viele Mitglieder hatten sich offenbar mit den Zuständen in der DDR und ihrer Partei abgefunden.

Literatur:

- Gudenschwager, Wolfgang: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidierung der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2)
- Heller, Michail/Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion, Zweiter Band: 1940-1980, Königstein/Ts. 1982
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung des SED, Münster 1996
- Suckut, Siegfried: In Erwartung besserer Zeiten. DDR-CDU und LDPD zwischen Halbstaaats-Raison und gesamtdeutschen Hoffnungen (1949-1961), in: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993
- Wolle, Stefan: Polen und die DDR im Jahre 1956, in: Hahn, Hans Heinrich/Olschowsky, Heinrich (Hrsg.): Das 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996
- Zeidler, Stephan: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-53, Hamburg 1996

⁵⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Gera, 17.1.1957 (ACDP VII-011-1681).

⁶⁰ Vgl. Zeidler, Stephan: Die CDU in der DDR. Zwischen christlichem Anspruch und SED-Abhängigkeit, S. 71f., in: UNIVERSITAS. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Nr. 607, 52. Jg., 1997.

Zeidler, Stephan: Die CDU in der DDR. Zwischen christlichem Anspruch und SED-Abhängigkeit, in: UNIVERSITAS. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Nr. 607, 52. Jg., 1997